

Susanne Götze

Die »Parti socialiste unifié« (PSU) in den 1960er Jahren

Eine sozialistische Neukonzeption jenseits von SFIO und PCF als »Dritter Weg« im Kalten Krieg

»[...] la deuxième gauche, décentralisatrice, régionaliste, héritière de la tradition autogestionnaire, qui prend en compte les démarches participatives des citoyens, en opposition à une première gauche, jacobine, centralisatrice et étatique [...]«¹

Mit diesen Worten charakterisierte 1977 Michel Rocard, ehemaliger Parteivorsitzender der »Parti socialiste unifié« und zwischen 1988 und 1991 Premierminister unter François Mitterrand, rückblickend die ideologische Tradition der PSU. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Rocard, einstiges Aushängeschild und wohl bekanntester PSU-Politiker, schon seit drei Jahren in einer Partei mit seinem Widersacher François Mitterrand zusammen – in der 1969 beziehungsweise 1971² gegründeten »Parti socialiste« (PS). Um diese Spaltung der französischen Sozialisten in eine traditionelle Linke und eine »zweite Linke« sowie ihre Bedeutung für die ideengeschichtliche Entwicklung der französischen Linken nachzuvollziehen, muss mindestens bis zur Gründung der V. Republik in das für die Linke bewegende und traumatische Jahr 1958 zurückgegangen werden.

Dieser Beitrag soll Geschichte und Ursprung dieser »zweiten Linken« als Teil der französischen »Nouvelle Gauche« näher beleuchten und klären, wer ihre Akteure waren und welche historischen Umstände zur Konstituierung der PSU als Sammelbecken unterschiedlicher linker Strömungen und als »intellektuelles Laboratorium«³ führten. Was war das Besondere an dieser Partei und inwiefern sticht diese aus der linken Parteiengeschichte Frankreichs heraus? Warum waren und sind die linken Diskurse der PSU trotz der politisch eher marginalen Bedeutung der Partei so nachhaltig in der französischen Linken verankert?

Trotz einer Parteigeschichte der PSU von rund 30 Jahren (1960–1989) wird im Weiteren aus strukturellen sowie thematischen Gründen nur auf die ersten zehn Jahre eingegangen. Dabei soll die intellektuelle Avantgarde in der PSU der 1960er Jahre beleuchtet und ihre Diskurse nachgezeichnet werden, welche nachhaltig auf die Studentenbewegung

1 »[...] die zweite Linke, dezentralistisch, regionalistisch, Erbe der Selbstverwaltungstradition, die den partizipativen Vorhaben der Bürger Rechnung trägt, in Opposition zu einer ersten Linken, die sich als jakobinisch, zentralistisch und staatsgläubig versteht [...]« (Soweit nicht anders angegeben, sind alle Übersetzungen von der Verfasserin). Vgl. *Alain Bergounioux/Gérard Grunberg, L'ambition et le remords. Les socialistes français et le pouvoir (1905–2005)*, Paris 2005, S. 319f. Diese Abgrenzung nahm Michel Rocard 1977 vor allem hinsichtlich des Parteiflügels von Jean-Pierre Chevènement (Mitbegründer des »Centre d'études, de recherches et d'éducation socialiste«, CERES) vor, der in der »Parti socialiste« den traditionell-marxistischen Flügel repräsentierte.

2 Die »Section française de l'Internationale ouvrière« (SFIO) wurde 1969 auf dem Parteitag d'Issy-les-Moulineaux neu gegründet und umbenannt, 1971 wurden auf einem Parteitag noch weitere sozialistische Gruppen in die Partei aufgenommen. Aus diesem Grund werden oft beide Daten genannt.

3 »[...] la diversité d'origine de ses fondateurs est l'un des atouts qui permettent au PSU de devenir un »laboratoire d'idées« de la gauche«. »[...] die Vielfalt der Herkunft ihrer Gründer ist ein Trumpf, durch den die PSU zu einem »Ideen-Labor« der Linken wird«. Vgl. *Jean Louis Andreani, Le mystère Rocard*, Paris 1993, S. 79.

um den Mai 1968 und die Themensetzung im Parteien- und Gewerkschaftsspektrum der 1970er Jahre wirkten. Untersucht werden zudem die ideengeschichtlichen Grundlagen dieser »Neuen Linken« sowie die Bedeutung der PSU als politische Kraft innerhalb des Parteiensystems der jungen V. Republik. Zur Beantwortung der Fragestellung ist insbesondere der Zeitraum von der Konstituierung der Partei am Ende der IV. Republik bis zum Austritt maßgeblicher intellektueller und politischer Akteure Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre relevant. 1968 stellte dabei in der Parteigeschichte der PSU eine Zäsur dar, da sich die Partei durch die Studentenbewegung massiv radikalisierte und sich Inhalte wie Mitgliederzusammensetzung entsprechend änderten. Spätestens ab Anfang der 1980er Jahre verlor die PSU gänzlich an Bedeutung und löste sich 1989 selbst auf.⁴ Die Untersuchung beschränkt sich deshalb auf die politische Landschaft Frankreichs zehn Jahre vor den Mai-Ereignissen des Jahres 1968 und geht somit auf die ersten zehn Jahre der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition in der V. Republik unter Staatspräsident Charles de Gaulle ein.

I. DIE ENTSTEHUNG DER PSU

Das politische Wirken der PSU war eingebettet in die Entstehung der sogenannten »Neuen Linken« in Frankreich vor 1968, deren theoretische Abgrenzung, Einordnung und Definition nicht ohne Schwierigkeiten sind.⁵ Festzuhalten ist, dass die Partei ein Ensemble von verschiedenen Intellektuellenkreisen, Zeitschriften, Schriftstellern, Aktionsgruppen und Wissenschaftlern war und ideengeschichtlich einen Versuch darstellte, die traditionellen linken Vorstellungen von Demokratie und Wirtschaftsorganisation aufzubrechen, zu erweitern sowie zu revidieren. Dazu zählten die schon in den 1950er Jahren gegründete »Mouvement de libération du peuple« (MLP) sowie das Wahlbündnis »Union des forces démocratiques« (UFD; 1958), aus dem ab 1960 die PSU hervorging, einschließlich der dissidentischen Sozialisten, die aufgrund des Machtantritts von de Gaulle aus der sozialistischen Partei »Section française de l'Internationale ouvrière« (SFIO) austraten und die PSU-Vorgängerpartei »Parti socialiste autonome« (PSA) gründeten, sowie antistalinistische Kommunisten aus der »Parti communiste français« (PCF; dt.: »Kommunistische Partei Frankreichs«, KPF). Im außerparlamentarischen Bereich spielten kritische Intellektuelle wie Jean Hyppolite, Jean-Paul Sartre, Henri Lefebvre, Daniel Guérin, Stéphane Hessel sowie Intellektuellenkreise um die Zeitschriften »Arguments« (unter anderem mit Edgar Morin), »Le Nouvel Observateur«, »Combat« (Claude Bourdet, Victor Fay), »Les Temps Modernes« (unter anderem mit Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Maurice Merleau-Ponty) eine wichtige Rolle.

Dazu zählten ebenso die Gewerkschaft »Confédération française des travailleurs chrétiens« (CFTC) – sowie ab 1964 die »Confédération française démocratique du travail« (CFDT)⁶, mit Abstrichen auch die »Mendesisten« (Anhänger von Pierre Mendès France), die ebenfalls einen Flügel innerhalb der PSU stellten. Peripher werden zu den neuen Lin-

4 Zur Übersicht über die Wahlergebnisse und die Geschichte der PSU vgl. URL: <<http://bibliotheque.sciences-po.fr/fr/produits/bibliographies/psu/chronologie>> [18.1.2013].

5 Eine einheitliche beziehungsweise eine detaillierte Definition des Begriffs »Neue französische Linke« ist nicht vorhanden, deshalb wird je nach Publikation der Begriff enger oder allgemeiner gebraucht. Vgl. dazu unter anderem Publikationen ehemaliger PSU-Mitglieder und/oder Historiker: *Pascal Ory/Jean François Sirinelli*, *Les Intellectuels en France de l'Affaire Dreyfus à nos jours, 1958–1968*, S. 189–213, hier: insb. S. 201; *Jean Poperen*, *La Gauche Française. Le nouvel âge 1958–1965*, Paris 1972, S. 64; vgl. zudem auch: *Ingrid Gilcher-Holtey*, »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main 1995.

6 Insbesondere die »Groupe de recherche ouvrier et paysan« (GROP).

ken aufgrund ihres antistalinistischen Anspruchs auch linksradikale Kräfte wie die Gruppe und Zeitschrift »Socialisme ou Barbarie« sowie solche mit anarchistischen Tendenzen (vor allem im Umfeld der Zeitschrift »Autogestion«) gezählt. Letztere entstanden unter anderem aus der trotzkistischen Bewegung der Vierten Internationale sowie dem linken Flügel der SFIO in den 1930er Jahren unter der Führung von Marceau Pivert, der 1938 mit der Partei brach, nachdem seine Mitgliedschaft für drei Jahre ausgesetzt worden war. Die Zeitschrift »Autogestion« war die Avantgarde des Selbstverwaltungsdiskurses, der erst in den 1970er Jahren von einer breiten linken Bewegung über Parteien und Gewerkschaften aufgegriffen wurde.⁷ Die Gründer dieser ersten Zeitschrift zum Thema Selbstverwaltung⁸ beriefen sich auf die Frühsozialisten und Anarchisten Charles Fourier, Pierre-Joseph Proudhon und Michail Alexandrowitsch Bakunin als Wegbereiter. Dieser Traditionslinie folgte bereits das erste Heft im Dezember 1966. Die Idee für das Journal entstand durch eine Tagung in Brüssel anlässlich des 100. Todestages von Proudhon.⁹ Die Zeitschrift »Socialisme ou Barbarie« hingegen war schon 1949 gegründet und 1967 eingestellt worden. Ähnlich wie die Zeitschrift »Autogestion« besetzte sie in der Neuen Linken die Leerstelle zwischen orthodoxem Marxismus und Anarchismus, indem sie sich vor allem auf den Rätekommunismus als sozialistisches Konzept berief.¹⁰ Die Netzwerke der Zeitschriften und Intellektuellenzirkel überschritten sich teilweise mit dem Lager der PSU, in einigen Fällen durch Mitgliedschaft, jedoch meistens durch partielle Zusammenarbeit im Kontext von Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen und Studientagen.

Die PSU nahm in der Neuen Linken den Platz einer Partei ein, die neben den grundsätzlichen Diskussionen um einen linken Neuanfang mit dem traditionellen Partei-Verständnis und ihrer Rolle im politischen Feld rang. Ein zentraler Diskurs innerhalb der PSU war deshalb die Annäherung an die sozialen Bewegungen und eine fundierte Kritik des traditionellen Parteienbilds und des »repräsentativen«, auf Parlamentswahlen beruhenden Demokratiesystems.

Insbesondere soll es im Folgenden um die sozialistischen Dissidenten gehen, die 1958 aus der sozialistischen SFIO austraten und ihre eigene Partei, die PSA, gründeten, aus der dann zusammen mit weiteren linken Kräften 1960 die PSU hervorging. Diese Sozialisten bildeten dann neben Trotzlisten, Kommunisten, linken Intellektuellen und Wissenschaftlern einen Flügel innerhalb der PSU, der in seiner Mehrheit Anfang der 1970er Jahre schrittweise in die neu gegründete »Parti socialiste« eintrat und dort unter dem Mittelmeer-Gegenspieler Michel Rocard als sogenannte »zweite Linke« fortexistierte.

Die Gründung der PSU im Jahre 1960 war für viele ihrer Mitglieder Ende und Neuanfang zugleich; das Ende einer oft langjährigen Parteikarriere oder Mitgliedschaft in einer der traditionellen linken Parteien, die häufig bis vor den Krieg zurückreichte, sowie ein politischer Neuanfang in einer Partei, die sie mit politischen Akteuren anderer Couleur zusammenbrachte.

Die meisten Organisationen und Zusammenschlüsse der Neuen Linken, die sich in der PSU vereint hatten, waren ab Mitte der 1950er Jahre im Kontext des beginnenden Algerien-

7 Frank Georgi, *Autogestion. La dernière utopie?*, Paris 2003, S. 7 und 229ff. Die bekannteste Aktion war ab 1973 die Solidarisierung der PSU mit der Fabrikbesetzung des Uhrenwerkes LIP in Besançon. Es findet sich kaum Literatur, in der die Wiederaufnahme des Autogestion-Konzepts vor 1968 behandelt wird, obwohl dies spätestens mit der Diskussion um Jugoslawien geschah. Auch deutsche Untersuchungen klammern die 1960er Jahre vor 1968 aus, vgl. Werner Neff, *Entfremdung und Selbstverwaltung. Gespräche und Fallstudien zur »autogestion«* in Frankreich, Zürich 1983, S. 90ff.

8 Georges Gurvitch, Daniel Guérin und Jean Banca.

9 *Autogestion. Études, débats, documents*, Nr. 1, Dezember 1966, S. 1.

10 Andrea Gabler, *Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe »Socialisme ou Barbarie« (1949–1967)*, Hannover 2009.

kriegs 1954, der Entstalinisierung sowie des XX. Parteitags der KPdSU 1956 und der Niederschlagung der Aufstände in Polen und Ungarn entstanden. Schlüsselmoment der Konstituierung dieser Bewegungen war daher das Jahr 1956 und die »Drillingskrise«¹¹, sprich die Suezkrise¹², die Verschärfung des Algerienkriegs unter der sozialistischen Regierung und die Niederschlagung des Ungarnaufstands. Christoph Kalter nennt die zunehmende Repression in Algerien nach der Regierungsübernahme der SFIO im Jahr 1956 daher auch »kolonialen Sozialismus«.¹³ Die ersten Parteien beziehungsweise Wahlbündnisse der Neuen Linken bildeten sich im Zuge der instabilen und von häufigen Regierungswechseln geprägten IV. Republik (1946–1958), die 1958 mit dem Machtantritt de Gaulles endete. Die letzte Regierung der IV. Republik unter dem Sozialisten Guy Mollet (SFIO) war durch den eskalierenden Algerienkrieg handlungs- und entscheidungsunfähig geworden. In der Folge unterstützte Mollet aktiv die Rückkehr de Gaulles und dessen Verfassungsreformen, die dann im Oktober 1958 zur Einführung der V. Republik führten. Nachdem de Gaulle am 1. Juni 1958 von René Coty zum Ministerpräsidenten nominiert worden war, kündigte er ein Referendum über eine neue Verfassung für eine V. Republik an, die dem Parlament und den Parteien weniger Rechte einräumen sollte. Stattdessen lag nach der neuen Verfassung die erste Entscheidungsgewalt beim Präsidenten und der Regierung. Damit führte de Gaulle das Präsidialsystem ein. Am 28. September stimmten 80 % der Wähler für die neue Verfassung. Für ein »Ja« zur neuen Verfassung hatten die Gaullisten, das »Mouvement républicain populaire« (MRP) sowie die Mehrheit der »Parti radical«¹⁴ und die Sozialisten (SFIO) geworben.¹⁵ In der sozialistischen Partei warben vor allem Guy Mollet und Gaston Defferre für eine Zustimmung. Bei den anschließenden Parlamentswahlen im November 1958 lagen die Sozialisten mit 44 Sitzen und die Radikalen mit nur 23 Sitzen weit hinter der Rechten, die jeweils 198 und 133 Sitze erringen konnte.

Diese Entwicklung erklärt die Enttäuschung und Entschlossenheit, mit der die Kritiker innerhalb der SFIO ihrer Partei kurz vor dem Ende der IV. Republik den Rücken kehrten. Der Bruch mit der Partei begann im Mai 1958: In Reaktion auf die Zustimmung der sozialistischen Parlamentarier zum Antrag für eine Wiederkehr de Gaulles verließen die Gegner der Politik von Parteichef Guy Mollet die SFIO und gründeten daraufhin im September 1958¹⁶ die PSA, nachdem die Mehrheit der SFIO dem Referendum de Gaulles für eine neue Verfassung am 28. September zugestimmt hatte. Diese Loslösung war zudem mit dem Versuch verbunden, das »alte Haus« der Sozialisten, wie die Partei genannt wurde, noch zu reformieren.

In der Ausgabe der »Tribune du Socialisme«¹⁷ veröffentlichten die SFIO-Dissidenten drei Monate vor dem Referendum, am 3. Juli 1958, einen Appell, der dazu aufforderte, die Parteispitze auszuwechseln und die »Ehre des französischen Sozialismus zu retten«.

11 Ebd., S. 112.

12 Militärische Aktion gegen die Nationalisierung des Suezkanals. Zwei der wenigen SFIO-Mitglieder, die sich öffentlich im »France-Observateur« und in der »Correspondance socialiste internationale« gegen diese Politik aussprachen, waren Orest Rosenfeld und Marceau Pivert. Vgl. Jacques Kergoat, Marceau Pivert, »socialiste de gauche«, Paris 1994, S. 304ff.

13 Christoph Kalter, Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonialisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 102.

14 »Parti républicain, radical et radical-socialiste«.

15 Pierre Bezbakh, Histoire du socialisme français, Paris 2005, S. 202.

16 Diese oppositionelle Parteiminderheit verließ den Parteitag der SFIO, der am 11. September 1958 in einem Vorort von Paris begann.

17 Presseorgan der internen SFIO-Oppositionellen. Tribune du Socialisme, 3.6.1958. Nach 1960 wurde die »Tribune du Socialisme« zur »Tribune Socialiste« und zu einer der Wochenzeitungen der PSU. Sie fusionierte mit der »Tribune du peuple« (UGS) und der »Tribune du communisme« (oppositionelle Kommunisten).

Zudem wurde die Führung der Partei beschuldigt, diese durch ihre Unterstützung der Gaullisten¹⁸ endgültig verraten zu haben. So nahmen die meisten der dissidentischen Sozialisten an der Gründung der UFD teil, die ihr Büro am 7. Juli 1958 eröffnete.¹⁹ Die Versammelten einte die Angst vor einer »Präsidentendiktatur«²⁰ de Gaulles, ihr konsequenter Antikolonialismus und die Enttäuschung über die Politik der regierenden Sozialisten.

Bei der Gründung der UFD traten Pierre Mendès France, François Mitterrand und auch André Philip für die Gründung einer »Arbeiterpartei« (parti travailliste) ein, die alle nichtkommunistischen und antigauillistischen Elemente vereinigen sollte. Dies wurde allerdings von der »Union de la gauche socialiste« (UGS) wie auch von den Minderheitsvertretern der SFIO abgelehnt, da sie fürchteten, damit würde nur eine etwas modernere SFIO ohne Guy Mollet geschaffen werden.²¹

Jean Poperen, PSU-Mitbegründer und später PS-Mitglied, kommentierte dieses Schlüsseljahr 1958 und die schwierige Stellung der Neuen Linken folgendermaßen:

»Etrange été pour la gauche opposante, entre deux drames. La passion n'est pas pour l'opposition, ni d'ailleurs pour de Gaulle.«²²

Als Mitbegründer der sozialistischen PSU-Vorgängerpartei PSA beschrieb André Philip in seiner 1960 erschienenen Kritik an der IV. Republik eine Version der Ereignisse von 1958, die in der antigauillistischen Linken den Kern des Problems trafen: Die kritischen Sozialisten sahen sich nicht nur mit der Machtübernahme der politischen Rechten konfrontiert, sondern auch mit der Unfähigkeit ihrer eigenen Partei, der SFIO, sowie den anderen liberalen Parteien der IV. Republik. Philip ging in seiner Kritik auf die politischen Fehler der Parteien der IV. Republik ein und machte als ehemaliges SFIO-Mitglied gleichzeitig Reformvorschläge.

»La IVe République n'a pas été assassinée; elle s'est suicidée: l'issue était, depuis longtemps, prévisible; les événements du 13 mai ont seulement constitué l'accident qui a permis au général de Gaulle de s'imposer à la nation [...]«²³

Zum Widerstand gegen die Regierungsübernahme von de Gaulle riefen neun jüngere SFIO-Mitglieder und Vertreter der sozialistischen Studentenorganisation »Étudiants socialistes« – unter ihnen auch Michel Rocard und Alain Badiou – auf, die ein direktes Vorgehen gegen die Direktion forderten. Anfang Juni plädierten dann immer mehr Mitglieder für eine Abspaltung der »Minderheit«, denn sie schätzten es als immer unwahrscheinlicher ein, die Partei umgestalten zu können.²⁴ Ein Anlass, bei dem sich der Unmut

18 Das endgültige »Ja« der SFIO-Mitglieder zur von de Gaulle vorgeschlagenen neuen Verfassung für die Installierung einer V. Republik erfolgte im September 1958.

19 Darunter: Robert Verdier, Édouard Depreux und andere, vgl. *Bezbakh*, Histoire du socialisme français, S. 446. Die offizielle Eröffnung des Büros erfolgte am 18. Juli.

20 Pressekonferenz, 6.9.1958, Hotel Lutétia, in: *Pierre Mendès-France*, Œuvres complètes IV. Pour une république moderne, Paris 1987, S. 439.

21 Ebd., S. 449.

22 »Was für ein merkwürdiger Sommer für die oppositionelle Linke zwischen zwei Dramen. Sie kann sich weder für ihre eigene Opposition noch für de Gaulle begeistern.«, *Poperen*, La Gauche Française, S. 62.

23 »Die IV. Republik wurde nicht getötet; sie hat Suizid begangen: Dieses Ende war schon lange Zeit abzusehen; die Ereignisse des 13. Mai haben einfach nur noch einen Anlass geschaffen, der es erlaubt hat, de Gaulle an die Macht zu verhelfen [...]«, *André Philip*, Pour un socialisme humaniste, Paris 1960, S. 5.

24 Darunter auch Daniel Mayer und Oreste Rosenfeld. Gezögert hätten bis in den September hinein dagegen Édouard Depreux, Robert Verdier und Alain Savary. Vgl. *Gilles Morin*, De l'opposition socialiste à la guerre d'Algérie au PSA (1954–1960). Un courant politique de la SFIO au PSU, Diss., Paris 1990–1991, Archive L'OURS, S. 437.

der kritischen Sozialisten besonders bemerkbar machte, war offenbar die Beerdigung von Marceau Pivert. Dieser trat 1956 als langjähriger Anführer des linken Flügels der SFIO aus der Partei aus, nachdem er am Algerienkrieg sowie an der Politik der Regierung in der Suezkrise scharfe Kritik geäußert hatte.²⁵ Sein Tod Anfang Juni 1958 brachte die Kritiker der SFIO unmittelbar zusammen und wurde zu einem symbolischen Treffen.

Der Historiker und PSU-Forscher Gilles Morin wertet den Bruch von vielen SFIO-Mitgliedern 1958 eher als einen republikanischen, denn als einen antikolonialistischen Akt, da sich die innerparteiliche Opposition im Moment der Zustimmung zu dem Referendum für die V. Republik für einen Austritt entschieden hatte. Morin schreibt zudem, alle führenden Vertreter der Ex-SFIOler hätten im Nachhinein erklärt, dass sie allein wegen der Kolonialpolitik oder anderen programmatischen Kritikpunkten niemals aus der SFIO ausgetreten wären.²⁶ Einzelne hochrangige SFIO-Vertreter wie Alain Savary, die besonders in der Algerienfrage engagiert waren, gaben 1958 allerdings explizit aufgrund ihrer Kritik an der Politik der SFIO im Algerienkrieg ihr Parteibuch ab.²⁷ Dennoch war das Referendum von de Gaulle nur eine Art »Auslöser«, da besonders die Kolonialpolitik sowie der Regierungsstil und die Suezkrise entscheidende Gründe für die Herausbildung einer innerparteilichen Opposition waren, die sich schon ab 1956 in der Partei bildete. In diesem Jahr gründete ein Kreis um Daniel Mayer und Oreste Rosenfeld, die beide später auch die PSU mit ins Leben riefen, innerhalb der SFIO die Gruppe »Socialiste d'Études et d'Action pour la Paix en Algérie«. Die Koalitionsregierung unter Guy Mollet, die im Januar 1956 mit ihrer Arbeit begonnen hatte, wurde in den Folgemonaten zum ersten Verantwortungsträger für den Kolonialkrieg mit Algerien.

Der Antikolonialismus war somit auch die ersten Jahre lang in der PSU der gemeinsame Bezugspunkt und der »Kitt« für die Neugründung. So konzentrierte sich die inhaltliche Arbeit der Partei von der Gründung der PSU bis 1962 vor allem auf den Algerienkrieg. Nach einer von Guy Nania zitierten Umfrage waren 121 von 139 Versammlungen²⁸ im Jahr 1961 dem Kolonialkrieg gewidmet. In dieser ersten Phase der Partei ging es demnach vordergründig um zwei Gegner: die rechte Terrororganisation »Organisation armée secrète« (OAS) und die Politik de Gaulles in Algerien. Für die Arbeit und die Anliegen der Partei waren daher die zahlreichen Demonstrationen und Aktionen ausschlaggebend, die gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen durchgeführt wurden, sowie auch inhaltliche Veranstaltungen, wie die angekündigte und dann verbotene Veranstaltung am 19. Mai 1961, auf der auch Jean-Paul Sartre zusammen mit Vertretern der PSU, Gewerkschaften und Journalisten sprach.²⁹ Bis zum Ende des Algerienkriegs fanden mehrere Kundgebungen und Demonstrationen statt, bei denen die PSU eine wichtige Rolle spielte. Bei diesen verschiedenen Veranstaltungen vernetzten sich die Vertreter der PSU mit den Gewerkschaften (UNEF, CFTC, FO, FEN³⁰) sowie teilweise mit der PCF und der SFIO. Beispiele für diese ersten Versuche der Herstellung einer gemeinsamen »linken Front« und einer dauerhaften Zusammenarbeit von linken Akteuren waren die spontane Antikriegsdemonstration im Oktober 1960, die Reaktionen auf den Militärputsch in Algier, die Organisation der Untergrundgruppe »Groupe d'action et de

25 *Kergoat*, Marceau Pivert, S. 308.

26 *Morin*, De l'opposition socialiste à la guerre d'Algérie au PSA, S. 493.

27 *Serge Hurtig* (Hrsg.), Alain Savary: politique et honneur, Paris 2002, S. 59.

28 In Paris vor allem im Maison de la Mutualité.

29 Veranstaltung anlässlich eines Attentats der OAS auf die Zeitschrift »France Observateur«. Unter anderem mit Daniel Mayer, Claude Bourdet, Gilles Martinet (PSU) sowie der CGT, CFTC, FEN und anderen, vgl. *Guy Nania*, Le PSU avant Rocard, Paris 1973, S. 210.

30 Union nationale des étudiants de France (UNEF), Confédération française des travailleurs chrétiens (CFTC), Force ouvrière (FO), Fédération de l'éducation nationale (FEN).

résistance« (GAR) sowie die Demonstrationen Anfang 1962.³¹ Dabei war die Partei in der Frage gespalten, ob auch illegale Aktionen wie die Unterstützung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung »Front de libération nationale« (FLN) befürwortet werden sollten. Mit dem Ende des Algerienkriegs verlor die Partei eines ihrer wichtigsten Themen und stürzte in eine Sinnkrise, die durch die Aufspaltung der PSU in verschiedene Strömungen auf dem Kongress in Alfortville 1963 sichtbar wurde.

In den späten 1950er Jahren beziehungsweise am Ende der IV. Republik waren die PSA beziehungsweise PSU zusammen mit Splittergruppen wie der UGS und der »Nouvelle Gauche« die einzigen im Parteienspektrum, die sich kompromisslos dem Antikolonialismus verschrieben hatten.

Allein die Sammelpartei UGS vereinigte seit Dezember 1957 nicht nur sehr unterschiedliche ideologische Strömungen der französischen Sozialisten und Kommunisten, sondern auch Christen und Marxisten, die im Antikolonialismus und Anti-Gaullismus aktiv waren. Aus diesem Grund waren diese Bewegungen und dann auch die PSU ein Sammelbecken für Politiker und Intellektuelle sehr unterschiedlicher politischer Tendenzen. Das galt beispielsweise für eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern der »Parti radical« unter der Führung des ehemaligen Premierministers Pierre Mendès France, die eher zur linksliberalen Mitte tendierten, jedoch keinesfalls als linksrevolutionär galten. Im Oktober 1959 bat Pierre Mendès France um den Anschluss an die PSA. Er hatte während seiner kurzen Amtszeit 1954 Tunesien in die Unabhängigkeit entlassen, hatte Verhandlungen mit der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung aufgenommen und sogar Gespräche mit Algerien anvisiert. Der Mehrheitsflügel seiner »Parti radical« schloss ihn 1959 aus, da er sich gegen de Gaulle aussprach, dem er die Errichtung einer »Präsidentendiktatur« vorwarf. Damit repräsentierte Mendès France jedoch auch in seiner eigenen Partei aufgrund seines antikolonialistischen Kurses nur eine Minderheit. In der PSU nahm er in der Folge jedoch, trotz einer Loyalitätserklärung und seines unbedingten Bekenntnisses zum Sozialismus, nicht an der aktiven Arbeit in der Partei teil, sondern unterstützte sie mithilfe seiner Bekanntheit eher passiv.³² Durch seinen Beitritt schlossen sich viele seiner Anhänger und ehemalige Vertreter des linken Flügels der »Parti radical« der PSU an, sodass sich deren Mitgliederzahl bis zum Dezember 1959 auf 10.450 fast verdoppelte.³³ Während des gesamten Jahres 1959 stieg die Mitgliederzahl an. Im Januar lag sie noch bei 1.230, Mitte des Jahres dann schon bei über 6.500 Mitgliedern. Bis 1968 schwankte die Zahl der Parteimitglieder zwischen 10.000 und 15.000.

Seit 1958 arbeitete die PSA auch immer enger mit anderen linken Gruppierungen zusammen, insbesondere der UGS³⁴ und den dissidenten Kommunisten um die Zeitschrift »Tribune du Communisme«. Ab September 1958 wurde das »Comité d'entente«, das »Verständigungskomitee« zwischen PSA und UGS eingesetzt, im Februar 1959 stieß die Gruppe der »Tribune du Communisme« hinzu und am 3. April 1960 wurde die PSU gegründet.³⁵ Betrachtet man die Entwicklung der Partei rein numerisch, kann von einer relativen Marginalität der Partei innerhalb der politischen Parteienlandschaft Frankreichs

31 An der Metrostation Charonne kamen dabei acht Menschen ums Leben. Am 13. Februar demonstrierten dann nochmals UNEF, PCF, PSU und weitere Kriegsgegner gegen die staatliche Repression. Vgl. auch: *Nania*, *Le PSU avant Rocard*, S. 227; *Hamon Hervé/Patrick Rotman*, *Génération. Les années de rêves*, Paris 1987, S. 95ff.

32 Das betont unter anderem Édouard Depreux in seinen Memoiren: *Édouard Depreux*, *Servitude et grandeur du PSU*, Paris 1974, S. 24.

33 Statistik der Mitgliederzahlen, Schatzmeister der PSA Maurice Klein, in: *Morin*, *De l'opposition socialiste à la guerre d'Algérie au PSA*, S. 497.

34 Vgl. *Marc Heurgon*, *Histoire du PSU*, Bd. 1: *La fondation et la guerre d'Algérie (1958–62)*, Paris 1994, S. 10; *Louis Mexandeau*, *Histoire du Parti Socialiste (1905–2005)*, Paris 2005, S. 325.

35 *Morin*, *De l'opposition socialiste à la guerre d'Algérie au PSA*, S. 644.

gesprochen werden. 1962 zählte die Partei rund 20.000 Mitglieder und verzeichnete ihre höchste Anhängerzahl von Anfang an in der Pariser Region (Île-de-France). Dort waren die Versammlungen mit bis zu 3.000 Leuten oftmals gut besucht.³⁶ Doch in vielen Statistiken der landesweiten Wahlen wurde die Partei nicht explizit erwähnt, sondern unter »extrem links« subsumiert. 1962 konnten zwei Abgeordnete der PSU ins Parlament einziehen, 1967 waren es vier.³⁷ Die PSU bildete somit kein substanzielles politisches Gewicht innerhalb der Parteienlandschaft Frankreichs, weder vor noch nach 1968. Der politische Wert der Partei bestand stattdessen in ihrer intellektuellen Einflussnahme und der Entwicklung neuer sozialistischer Konzepte, die in den 1970er Jahren langsam in das Parteiprogramm der »Parti socialiste« einfließen. Durch ihre politische Heterogenität spaltete sich die junge Partei schon nach drei Jahren in verschiedene Strömungen. Durch die demokratische Struktur der Partei und ihren Anspruch auf Enthierarchisierung, Dezentralisierung und die Einführung des Konsensprinzips tat sich die PSU schwer, eine klare und handlungsfähige Strategie durchzusetzen. Infolge des zweiten Kongresses 1963 in Alfortville spaltete sich die Partei zudem in anfangs sieben Tendenzen, letztlich gruppierten sich die Mitglieder um jeweils vier Anträge, die die grundlegende Zerrissenheit der Partei verdeutlichten. Dies war das unmittelbare Resultat des Geburtsfehlers der PSU: Die Mitglieder der PSU gründeten die Partei weniger auf der Basis substanzieller Gemeinsamkeiten als vielmehr in der Abgrenzung von gemeinsamen Gegnern. In dieser ersten Phase der PSU, die mit dem Austritt vieler Mitglieder Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre endete, war sie eine Sammelpartei, die unter ihrem Dach vor allem enttäuschte Politaktivisten zusammenbrachte. Der zunehmende Streit zwischen den Tendenzen innerhalb der PSU sowie eine grundsätzliche Zerrissenheit zwischen Antiparlamentarismus und Wahlbeteiligungen erschwerten eine Breitenwirkung im französischen Parteienspektrum. Aufgrund der Zusammenführung der unterschiedlichen sozialistischen und kommunistischen Dissidenten der SFIO sowie der PCF wurden zudem Konflikte der gemeinsamen Parteigeschichte vor und nach 1920³⁸ wieder neu diskutiert, darunter ebenfalls die Rolle der Partei, die Frage der Regierungsbeteiligungen und der Bedeutung von Wahlen. Der Generalsekretär Édouard Depreux rief deshalb dazu auf, Wahlen weder als einziges Ziel zu stilisieren noch in eine grundsätzliche Ablehnung des Parteiensystems und damit in die Isolation zu verfallen.³⁹

Die Partei verfügte insgesamt nur über eine schwache nationale Verankerung und stützte sich eher auf regionale Hochburgen in der Region Paris, der Bretagne, der Normandie sowie einigen Départements im Süden. Insgesamt blieben die Wahlergebnisse aber auch auf regionaler Ebene bis auf einige Ausnahmen eher bescheiden, da sich in den 1960er Jahren in den Wahlkreisen Sozialisten, Kommunisten und PSU gegenseitig die Stimmen streitig machten. Ab 1965 kam es zu einer partiellen Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Bündnis von Mitterrand (FGDS – »Fédération de la gauche démocrate et socialiste«). Einige Befragungen Anfang der 1960er Jahre zeigten, dass die Mitglieder der Partei nur zu rund 13 % Arbeiter und über 50 % Intellektuelle, Lehrer und Professoren waren. Dieser Befund variiert jedoch auf regionaler Ebene. In jedem Fall zeigen die Statistiken

36 Die Zahlen wurden 1961 gesammelt. Mehr als 1.300 Anhänger lebten in der Region Paris. Mitgliederstarke Départements waren zudem noch Côtes-d'Armor (Bretagne), Rhône, Isère und Haute-Garonne. Vgl. *Nania*, *Le PSU avant Rocard*, S. 161 und 209.

37 Bei der Parlamentswahl 1962 erhielt die SFIO 65 Sitze und die PCF 41, die »Partis radicaux« 44 Sitze im Parlament. 1967 erhielt das sozialistische Bündnis um Mitterrand FGDS 121 Sitze, die Kommunisten 73.

38 Zu dieser Zeit erfolgte die Abspaltung der KPF von der SFIO auf dem Parteitag in Tours aufgrund der Weigerung einer Minderheit innerhalb der SFIO, sich der Komintern anzuschließen.

39 *Depreux*, *Servitude et grandeur du PSU*, S. 130.

von Nania, dass es sich um eine von »neuen Schichten« (Kader der Arbeiterschicht, spezialisierte Arbeitskräfte) und intellektuellen- sowie männerdominierte Partei handelte.⁴⁰

Der Erneuerungsanspruch der PSU kann aus ihrem Gründungsstatut von 1960⁴¹ abgeleitet werden. Dieses erwähnte Karl Marx und Friedrich Engels als Analytiker des kapitalistischen Systems, stilisierte sie aber nicht als ideologische Stichwortgeber der neuen Partei. Die mehrheitlich ideologiekritischen Positionen, vor allem in der Abwendung von einem orthodoxen Verständnis des Marxismus, kennzeichnete die PSU als Partei »zwischen den Stühlen«. Zudem wurden viele Begriffe gerade so gewählt, dass sich alle in der Partei vereinigten Strömungen darin wiedererkennen konnten, auch wenn sie jeweils andere Interpretationen mit den erwähnten Persönlichkeiten und Begriffen verbanden.⁴² »Die PSU ist eine revolutionäre Partei«⁴³ stand als erstes Prinzip im Parteistatut. Schon hier wird deutlich, dass das Wort »Revolution« angesichts der verschiedenen Strömungen der PSU unterschiedliche Bedeutungen gehabt haben muss. Des Weiteren standen im PSU-Programm gleich nach dem revolutionären Leitmotiv das Prinzip der Laizität und die Ablehnung der Kolonialkriege. Die Einigungscharta der PSU hielt zudem fest, dass Intellektuelle und Arbeiter sich zur gemeinsamen Eroberung der Macht und zur Herstellung eines Sozialismus zusammenschließen sollten.⁴⁴ Ein ausdrücklicher Verweis auf die »Diktatur des Proletariats« fehlte. Auch hier wird deutlich, wie die junge Partei versuchte, herkömmliche Ideologien zu umgehen und ihnen gleichzeitig treu zu bleiben. In dem Gründungsstatut der PSU fanden sich zwei fundamentale Kritiken, die als ihre wichtigsten programmatischen Pfeiler gelten können: Die Partei stellte sich deutlich gegen den Zentralismus (und damit implizit für mehr Demokratie und gegen das Präsidialsystem der V. Republik) und gegen den Kolonialismus. Die Demokratisierung der Gesellschaft war von Anfang an der Kernpunkt des – wenn auch stetig unscharfen – Sozialismusverständnisses und prägte die Parteiprogramme bis in die 1980er Jahre entscheidend.

II. ABGRENZUNG ZUR TRADITIONELLEN LINKEN PARTEIENLANDSCHAFT UND IDEOLOGISCHE VERORTUNG

Um den politischen Erneuerungsanspruch der PSU in ihren ersten Jahren zu verstehen, ist ihr Verhältnis zu den traditionellen linken Parteien näher zu betrachten, zu denen sie sich als in Opposition stehend verstand. Viele der PSU-Anhänger kamen nicht nur aus diesen Parteien oder standen ihnen wenigstens nahe, sondern waren von deren Politik enttäuscht worden. Das wirkte sich vor allem auf die programmatischen, aber auch auf die organisatorischen Ansprüche und Mobilisierungsziele der Partei aus. Bei der Gründung der Partei 1960 gab es trotz der sehr unterschiedlichen Strömungen eine Mehrheit der Mitglieder, die für eine sozialistische Einheitsfront eintraten. Dies resultierte aus der Vergangenheit einiger an der Gründung beteiligter Gruppierungen wie der UGS⁴⁵, die in der Tradition des Zusammenschlusses linker Kräfte standen und sich – obwohl selbst teils oppositionell tätig – gegen die Zersplitterung der linken Bewegung einsetzten.⁴⁶ Dieser

40 *Guy Nania*, *Un Parti de la gauche*. Le PSU, Paris 1966, S. 93.

41 Gründungsstatut der PSU von 1960, Centre d'Études et de Recherches sur les Mouvements Trotskyste et Révolutionnaires Internationaux (CERMTRI)/Fond PSU.

42 Das gilt beispielsweise für die Begriffe »Revolution«, »Reform« und »Laizität«, wie Gilles Morin anmerkt: *Morin*, *De l'opposition socialiste à la guerre d'Algérie au PSA*, S. 655.

43 Gründungsstatut der PSU von 1960, CERMTRI/Fond PSU.

44 Charte pour l'unification socialiste, in: *Nania*, *Un Parti de la gauche*, S. 249.

45 Die UGS versuchte schon gegen Ende der IV. Republik, oppositionelle Kräfte zu bündeln und neue Linksbündnisse in Form eines Wahlbündnisses zu etablieren.

46 *Michèle Cotta*, *Le P. S. U. Les »couches nouvelles« et le régime*, in: *Revue française de science politique* 13, 1963, S. 450–454.

Mehrheitsflügel stellte die Rolle der PSU als klassische Partei infrage und ging davon aus, dass diese weniger die Funktion habe, als sozialistische Partei Wahlen zu gewinnen, sondern stattdessen ein Sammelbecken für andere soziale Akteure wie Gewerkschaften und Studentenorganisationen sein solle. Damit wollte der demokratiekritische Mehrheitsflügel ideologisch gegen die parteientypische Fokussierung auf parlamentarische Wahlen zu Felde ziehen. Diese Strömung innerhalb der PSU verstand sich deshalb auch explizit als »dritte Kraft« zwischen Kommunisten und Sozialisten, die vor allem die außerparlamentarische Linke vereinigen sollte.⁴⁷ Dennoch entwickelte sich aus dieser Tendenz ab 1963 der Begriff der »unitaristes«, die sich im Gegensatz zu den »Modernisierern« auf die organisatorische Frage stützten und ihr politisches Interesse auf die linke Mobilmachung richteten. So ist zu erklären, dass die »Unitaristen« aus strategischen Gründen eine Partnerschaft mit den Sozialisten unter Führung von François Mitterrand hinsichtlich der Wahlen von 1965 und 1967 befürworteten. Die Frage der Partnerschaft mit der SFIO wurde deshalb innerhalb dieser Strömung zur Feuerprobe und das Vorhaben scheiterte schließlich. Obwohl das Bündnis von Mitterrand (FGDS) aktiv um die Zusammenarbeit warb, lehnte die PSU ein engeres Bündnis mehrmals ab. Die entsprechenden Anträge auf ein Zusammengehen scheiterten entsprechend knapp. Auf dem Parteitag 1967 standen endgültig drei Anträge zur Auswahl: für eine gemeinsame Politik mit der FGDS, gegen eine solche Allianz und ein Antrag, der auf eine vorsichtige, an Bedingungen geknüpfte Beziehung abzielte.⁴⁸ Aufgrund der Enttäuschung über das Ergebnis traten einige prominente Mitglieder aus der PSU aus. Dennoch war für eine Mehrheit die Zusammenarbeit mit der SFIO und im Speziellen mit Mitterrand keine Alternative. Vor allem Mitterrand selbst war innerhalb der PSU nicht gut angesehen. Er wurde als ein Politiker wahrgenommen, der linke Werte nur aus wahltaktischen Gründen verfolgte. Das bekannteste Beispiel war die explizite Ausladung Mitterrands auf dem Treffen von Grenoble 1966, bei dem die außerparlamentarische Linke, Gewerkschaften und politische Clubs über neue sozialistische Konzepte debattierten.⁴⁹ Ein Stellvertreter von Mitterrand soll auf dem Treffen ausgebuht worden sein.⁵⁰

Die Modernisierer innerhalb der PSU, die ein Zusammengehen mit den Sozialisten ausschlossen, wollten den Druck auf die großen Polit-Akteure erhöhen und befürchteten, dass die kleine Partei PSU bei einem solchen Bündnis völlig an Bedeutung verlieren könnte. Der Begriff »dritte Kraft« – als Ausdruck des Oppositionsverhältnisses zur Kommunistischen wie auch zur Sozialistischen Partei – wurde im Verlauf der 1960er Jahre regelmäßig diskutiert und mit unterschiedlichsten Titeln versehen. Einige Vertreter wehrten sich auch aus verschiedenen Gründen gegen den Begriff. So fühlten sich Teile der ehemaligen SFIO-Mitglieder nicht als »dritte Kraft«, sondern eher als Partei neben beziehungsweise nahe der SFIO – hier war teilweise ein gewisser Antikommunismus zu konsta-

47 Ebd., S. 451.

48 Am Ende schlossen sich die Stimmen des Antrags 2 (279) und des Antrags 3 (124) zu einer Mehrheit zusammen, gegen verbleibende 174 Stimmen. Vgl. *Roland Cayrol*, *Le choix du P.S.U.*, in: *Revue française de science politique* 17, 1967, S. 931–938, hier: S. 933.

49 Das war eines der wichtigsten außerparlamentarischen Kolloquien der 1960er Jahre, auf dem unter der Führung der PSU, der Gewerkschaften und der politischen Intellektuellenclubs ein von Sozialisten und Kommunisten unabhängiges Programm ausgearbeitet wurde. Vgl. *Janine Mossuz*, *La rencontre socialiste de Grenoble*, in: *Revue française de science politique* 16, 1966, S. 967–974.

50 Interview mit Marc Heurgon vom 20.3.1989 mit Jean-Paul Liègois und Jean-Pierre Bédét, zit. nach: *Jean-Paul Liègois/Jean-Pierre Bédét*, *Le feu et l'eau. Mitterrand-Rocard: Histoire d'une longue rivalité*, Paris 1990, S. 139. Nach dieser Darstellung wurde der Versuch, eine Botschaft von Mitterrand auf dem Kolloquium vorzulesen, ausgepiffen. Diese Darstellung findet sich auch in: *Mossuz*, *La rencontre socialiste de Grenoble*, S. 971.

tieren. Neben dem Begriff der »dritten Kraft« hat sich im Nachhinein der Begriff der »zweiten Linken« in den Diskurs um die PSU eingeschrieben. Der Begriff »deuxième gauche« wurde im Allgemeinen in Bezug auf die PSU und speziell auf Michel Rocard verwendet. Er wurde spätestens seit dem Eintreten Rocards in die PS und seiner Abgrenzung auf dem Parteitag 1977 gebraucht. Mit der »ersten Linken« verband Rocard die orthodoxe marxistische Parteilinie innerhalb der SFIO beziehungsweise der PS. Deshalb kann der Begriff »zweite Linke« auch nicht auf die PSU im Allgemeinen angewendet werden, da diese, wie gezeigt wurde, ebenfalls sehr divergierende politische Ausrichtungen in sich vereinte; darunter auch marxistische Strömungen, die sich jedoch ebenfalls von den »herkömmlichen« Marxisten der etablierten kommunistischen und sozialistischen Parteien abzugrenzen versuchten. Personifiziert wurde die »zweite Linke« deshalb insbesondere durch Michel Rocard, Mitbegründer der PSU, wohingegen François Mitterrand und Guy Mollet als prominenteste Vertreter der »ersten Linken« galten. Die »erste Linke« symbolisierte bereits vor Mitterrands Zeit an der Spitze der PS das orthodox marxistische Lager innerhalb der SFIO. Die »Rocardiens« rechneten sich damit automatisch zur »deuxième gauche«, wie Robert Chapuis in seinem Band über Rocard ausführt.⁵¹ Jedoch ist festzuhalten, dass der Begriff »zweite Linke« eher für die Sozialisten verwendet wird, die Ende der 1950er Jahre aus der SFIO aus- und in den 1970er Jahren wieder in die PS eintraten und somit dem politischen Weg von Rocard folgten. Im weiteren Sinne können darunter auch die Bewegungen der »Neuen Linken« verstanden werden. Die Abgrenzung ist auch in der französischen Literatur oft unscharf.

Die Motive für die starke Kritik an der SFIO sind in ihrer Politik der 1950er Jahre sowie in einigen Schlüsselentscheidungen hinsichtlich der Kolonialpolitik in der Regierungszeit ab 1956 zu suchen. Als grundsätzliches Problem wirkte dabei der Gegensatz zwischen der marxistisch-orthodoxen Rhetorik der Partei unter ihrem Führer Guy Mollet und ihrer gleichzeitig reformatorischen Politik sowie ihrer Position in den Kolonialfragen. So konnte die SFIO trotz ihrer linken programmatischen Ausrichtung, die zwar reformistisch war, aber auf eine »Transformation« des kapitalistischen Systems abzielte, in ihrer Regierungszeit ausschließlich einige Reformen im sozialen Bereich durchführen. Weder Verstaatlichungen noch ein demokratisch-planwirtschaftliches System wurden angegangen.⁵² So lag die Schlussfolgerung nahe, dass trotz der marxistisch-orthodoxen Rhetorik und des traditionellen Sozialismusverständnisses an einer reformistischen Politik festgehalten wurde, welche jedoch wenig Umsetzung erfuhr. Grund dafür waren nicht nur die Probleme des Nachkriegsfrankreichs und der »Vernunftkoalitionen«, wie bis 1951 als »dritte Kraft« mit der MRP, sondern auch die Kolonialkriege in Vietnam und Algerien. Die gesamte IV. Republik war gezeichnet von einem Reformismus der SFIO gegenüber dem parlamentarischen System und dessen politischen Einrichtungen, der jedoch die marxistische Ausrichtung der Partei nicht berührte.⁵³

Aus diesen Erfahrungen heraus misstraute die PSU der repräsentativen Demokratie westlichen Modells. Zudem zeigte sie sich angesichts der neuen Verfassung der V. Republik alarmiert. De Gaulle war für die PSU für eine Schwächung der Parteiendemokratie und einen forcierten Zentralismus und politischen Autoritarismus verantwortlich. Aus diesem Konflikt heraus entstand die Auseinandersetzung, welche Art von Partei die PSU werden sollte. So setzte sich ein Flügel langfristig für die Schaffung einer umfassenden,

51 Robert Chapuis, *Si Rocard avait su ... Témoignage sur la deuxième gauche*, Paris 2007, S. 9.

52 Ab 1956 fand sich im Programm der SFIO die Forderung nach einer demokratischen Planung. Ebd., S. 135. Die letzten Verstaatlichungen wurden unter der »gouvernement d'union nationale« 1944 durchgeführt, an der auch die Kommunisten beteiligt waren. Damals wurden die Renault-Werke verstaatlicht. Vgl. *Bezbak*, *Histoire du socialisme français*, S. 198.

53 *Bergounioux/Grünberg*, *L'ambition et le remords*, S. 141.

einheitlichen Arbeiterpartei ein.⁵⁴ Andere Strömungen wiederum zielten auf die Herstellung einer neuen Austauschplattform von außerparlamentarischen Bewegungen (beides Teile des Flügels der »Unitaristen«), wieder andere wollten die Partei in erster Linie als intellektuelles Labor für die Entwicklung neuer sozialistischer Ideen nutzen (»Modernisten«). Eines betonten viele Mitglieder der PSU jedoch immer wieder: In Abgrenzung zu den bestehenden parlamentarischen linken Parteien, die ihre Glaubwürdigkeit verspielt hätten, müsse nun vielmehr eine neue Art von Partei gegründet werden. Jean Cabanel⁵⁵ schrieb 1961 in einem Beitrag zur Diskussion um die Ausrichtung der Partei, man wolle eine Partei neuen Typs und nicht eine von alten Elementen gereinigte Partei:

»[...] nous ne militons pas pour une S.F.I.O. épurée du molletisme, ni pour un P.C.F. épuré du stalinisme et de Thorez.«⁵⁶

Wie verschieden die Ansichten zu Radikalität und Antiparlamentarismus waren, stellte der ehemalige Parteivorsitzende Édouard Depreux rückblickend fest. Er konstatierte einen »crétinisme anti-électoral« (Anti-Wahl-Idiotismus) bei einigen radikaleren Mitgliedern, die den Befürwortern von Wahlkampagnen ein schlechtes Gewissen machen würden. Mit Parolen wie »Élection, trahison« (Wahlen, Verrat) oder »Élection, pièges de cons«⁵⁷ (Wahlen, Idiotenfalle) hätte man sich gegen jede Art von Parlamentarismus ausgesprochen. Depreux nahm dabei eine Mittlerposition ein, indem er erklärte, dass man Wahlen nicht verdammen dürfe, sie jedoch ebenfalls nicht zum Mittelpunkt der politischen Arbeit machen sollte:

»L'électoratisme, certes, doit être condamné avec dernière énergie, s'il tend à rechercher le succès à tout prix, à nouer de savantes combinaisons politiciennes, à échanger le séné dans une circonscription contre la rhubarbe dans une autre, en transigeant sur les principes, à mobiliser toutes les forces vives dont on dispose dans le but unique de conquérir des sièges.«⁵⁸

An der Argumentation der Partei bezüglich ihres Demokratieverständnisses kann abgelesen werden, dass sich ihre neuen Ansichten und Konzepte aus der Kritik und der Resignation gegenüber den etablierten Parteien entwickelten. So wird die SFIO für das Desaster des Algerienkriegs verantwortlich gemacht und als Steigbügelhalter für die »Machtübernahme« de Gaulles gesehen. Es wurde ihr vorgeworfen, keine wirklichen Ambitionen zu haben, einen französischen Sozialismus einzuführen. Zwar halte die Partei immer noch an dem traditionellen marxistischen Sozialismusbegriff fest, doch würden wissenschaftliche oder soziologische Untersuchungen abgeblockt. Die sogenannten »Modernisierer« hätten in der Partei keine Chance. Kritisiert wurden zudem die orthodoxen Grundlagen

54 Zu ihnen gehörte unter anderem Alain Savary, der allerdings 1963 aus der PSU austrat. Savary lehnte die Idee einer Partei als »dritte Kraft« entschieden ab. Vgl. *Hurtig*, Alain Savary, S. 60 und 63.

55 Er war ein aktives PSU- und CGT-Mitglied.

56 »[...] wir kämpften nicht für eine SFIO, die vom »molletisme« [nach Guy Mollet, dem Parteiführer der SFIO] befreit war, und ebenso wenig für eine KPF, die nur von dem Stalinismus eines Thorez gereinigt wird«. *Jean Cabanel*, *Le Socialisme que nous voulons*, in: *Le courrier du PSU, préparation du premier congrès*, 24.–26.5.1961, S. 11.

57 *Depreux*, *Servitude et grandeur du PSU*, S. 130.

58 *Ebd.*, S. 130. »Die pure Ausrichtung auf Wahlen muss auf jeden Fall mit ganzer Kraft verteidigt werden, vor allem wenn es darum geht, den Sieg um jeden Preis zu holen, geschickte politische Verbindungen zu knüpfen, je nach Situation das eine mit dem anderen zu vertauschen, ohne die Prinzipien zu genau zu nehmen und so alle vorhandenen Kräfte nur auf das einzige Ziel zu konzentrieren, so viel wie möglich Sitze zu gewinnen.«

der Partei und der gleichzeitige Widerspruch zwischen ihrer Regierungspolitik und eben jener revolutionär-marxistischen Rhetorik.⁵⁹

Die »Modernisierer«, die sich schließlich in der PSA und der PSU wiederfanden, hatten schon in der SFIO eine moderne Tendenz vertreten, die wesentlich durch den belgischen Sozialisten Hendrik de Man (1885–1953)⁶⁰ beeinflusst worden war. Von de Man übernahmen die sozialistischen Dissidenten die Abkehr vom dogmatischen Marxismus sowie erste Gedanken eines planwirtschaftlichen Systems. So hatte der SFIO-Theoretiker André Philip schon 1928 ein Buch über de Man publiziert.⁶¹

In den Positionen von Philip für eine demokratische Planwirtschaft spiegelten sich viele zentrale Argumentationen wider, die Ausgangspunkt für die Konflikte zwischen Reformern und revolutionären Sozialisten in den 1960er Jahren waren. Philip vertrat dabei den reformistischen Flügel, der davon ausging, dass in der modernen westlichen Nachkriegsgesellschaft andere Bedingungen für die Einführung eines Sozialismus galten als in dem von Marx skizzierten Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts und der sich nur zum Teil beziehungsweise gar nicht auf Marx berief. Allerdings befanden sich in der PSU ebenfalls eine Reihe von Neomarxisten, die auf die herkömmlichen Termini bestanden und die »alte Lehre« bewahren wollten, jedoch aus den Fehlern des stalinistischen Zentralismus und Totalitarismus ihre Schlüsse zogen und somit Forderungen nach demokratischer Freiheit in den Vordergrund stellten.

In diese ideologische Gemengelage spielt das in der Geschichte der SFIO nie geklärte Verhältnis zwischen revolutionärem Programm und der, an die Verhältnisse angepassten, Realpolitik hinein. Darunter fällt auch der Diskurs der Soziologen Serge Mallet⁶² und Alain Touraine⁶³ um die sogenannten »neuen Schichten« und die Frage einer neuen sozialistischen Strategie. Alain Touraine, der sowohl der PSU als auch der PS nahestand, aber keiner von beiden je als Mitglied angehörte, schrieb rückblickend über das Verhältnis der PSU zu den traditionellen Parteien:

»Nous étions écrasés par la pensée du PC qui refusait toute étude de la société, qui imposait des dogmes en contradiction flagrante avec la réalité [...] et une vague atlantiste, réactionnaire, qui emportait une SFIO en profonde dégénérescence [...] Les intellectuels [...] ne pouvant accepter le langage de bois du PC ni les turpitudes des socialistes du droit [...]«⁶⁴

59 Die oppositionellen SFIO-Mitglieder publizierten ab 1956 ihre Kritik gegenüber der Partei unter anderem in der Zeitschrift »Tribune du Socialisme«, aber auch in politischen Publikationen, vgl. *André Philip*, *Le Socialisme trahi*, Paris 1957.

60 Er war Anführer der belgischen Arbeiterpartei und Theoretiker der Planwirtschaft und des Neosozialismus. Vgl. unter anderem: *Hendrik de Man*, *Zur Psychologie des Sozialismus*, Jena 1926 (franz.: *Au-delà du marxisme*, Brüssel 1927). De Man diskreditierte sich während des Zweiten Weltkriegs durch seine Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern.

61 *André Philip*, *Hendrik de Man et la crise doctrinale du socialisme*, Paris 1930.

62 Ein französischer Soziologe (1927–1973), der sich vor allem mit der Veränderung der Arbeiterklasse in der westlichen industrialisierten Wirtschaft beschäftigte. Er war Gründungsmitglied der PSU und schrieb unter anderem für »Arguments«, »Les Temps Modernes« und »Le Nouvel Observateur«. Vgl. auch: *Serge Mallet*, *La nouvelle classe ouvrière*, Paris 1963.

63 Er war Soziologe und in der Neuen Linken aktiv, zudem stand er der PSU nahe. Zusammen mit Serge Mallet war er einer der wichtigsten Soziologen der »zweiten Linken« und wurde auch noch 2003 von Michel Rocard in ein einschlägiges Gremium berufen.

64 *Alain Touraine*, *Un désir d'histoire*, Paris 1977, S. 68. »Wir waren erschüttert über die Ideen der KPF, die jede Studie über die aktuelle gesellschaftliche Situation ablehnte und der Realität extrem widersprechende Dogmen aufstellte [...] und dieser westlichen, reaktionären Welle, die die SFIO in ihrer totalen Degenerierung forttrug [...] Die Intellektuellen konnten weder die hölzerne Sprache der KPF noch die rechten Turbulenzen der Sozialisten ertragen [...]«

Der PSU-Diskurs um eine neue sozialistische Programmatik orientierte sich am von Touraine unter anderem durch seine Schriften »Situation du mouvement ouvrier«⁶⁵ und »Sociologie de l'action«⁶⁶ angeschobenen Diskurs um die Aktualisierung des marxistischen Klassenbegriffs. So beschrieb Touraine, wie der Arbeiter an Identität verliert und durch die neue Arbeitsorganisation zunehmend isoliert und nicht mehr im sozialen Gefüge seiner »Klasse« lebt.⁶⁷ Er kritisierte zudem, dass der marxistische »Klassenkampf« zu sehr auf den Kampf der einen Klasse gegen die andere ausgelegt war und nicht gegen die »Klassengesellschaft« an sich. Touraine legte dar, dass zukünftig nicht mehr eine »Klasse« gegen die andere kämpfen würde, sondern der Wille wachsen würde, die ganze Gesellschaft zu kontrollieren und an ihr teilzuhaben. Er sah darin jedoch auch die Gefahr der Abschwächung der revolutionären Weltanschauung, je größer die Integration des Arbeiters in die Gesellschaft werde. Durch die neue Arbeitsorganisation seien viele Effekte für den Arbeiter jedoch nur indirekt erfahrbar; dies nannte Touraine den »Effekt der Bürokratisierung«.⁶⁸

Auch das Erscheinen von Serge Mallets Buch »La nouvelle classe ouvrière«⁶⁹ im Jahr 1963 war ein Anlass dafür, dass die Debatte von verschiedenen Zeitschriften im Umkreis der PSU aufgegriffen wurde, unter anderem im November/Dezember 1963 von der Zeitschrift »Les Cahiers du Centre d'Études Socialistes« unter dem Titel »Marxisme et Sociologie«.⁷⁰ In der Ausgabe beschrieben vier zentrale Intellektuelle der Neuen Linken ihren Standpunkt zu der Ende der 1950er Jahre angeregten Debatte, inwiefern dem Marxismus noch eine »Gültigkeit« zugebilligt werden könne: Der Gründer der Zeitschrift »Argument«, Edgar Morin, sowie als Mitglied der Zeitschrift »Socialisme ou Barbarie«, Claude Lefort, und der Trotzkiist und Soziologe Pierre Naville, sowie Serge Mallet. Lefort und Morin konstatierten im Gegensatz zu Naville und Mallet mit einem gewissen Skeptizismus das Verschwinden des Marxismus und plädierten für seine Überwindung zugunsten der »kritischen Aktion« gegen das Phänomen der Entfremdung in modernen Industriegesellschaften. Naville und Mallet hingegen stellten nicht das Vermögen der Arbeiterklasse infrage, die sozialen Verhältnisse umzuwälzen. Gemeinsam war diesen Intellektuellen jedoch der Versuch, die marxistischen Termini zu aktualisieren.

Das Unbehagen und die Zweifel der kritischen Sozialisten innerhalb und im Umkreis der PSU gegenüber herkömmlichen Traditionskonzepten und marxistischen Programmatiken der kommunistischen und sozialistischen Volksparteien traten jedoch nicht isoliert auf. Sie standen im Kontext historischer Ereignisse (Kolonialkonflikt, Kalter Krieg, Destalinisierung) und einer Art europäischen Neukonstituierung der Sozialdemokratie sowie in Frankreich einer Krise der linken Organisationen insgesamt. Ein Beispiel dafür, dass auch innerhalb der SFIO die Stagnation und die Notwendigkeit von Reformen gesehen wurde, ist ein Artikel des SFIO-Parteiorganes über die programmatische Neuausrichtung der deutschen SPD 1959 in Bad Godesberg. Anfang 1960 konstatierten die Mitglieder der SFIO in der »Revue socialiste«⁷¹, dass es eine Reihe von programmatischen Verschiebungen innerhalb der europäischen sozialistischen Parteien gegeben habe. Daraus ergaben sich Fragen, die sich – in abgewandelter Form – auch die Ex-SFIOler stellten. Dieser Artikel zeigt, dass die SFIO die Entwicklung der europäischen Sozial-

65 *Alain Touraine*, Situation du mouvement ouvrier, in: Arguments, Januar/Februar/März 1959.

66 *Alain Touraine*, Sociologie de l'action, Paris 1965.

67 *Touraine*, Situation du mouvement ouvrier, S. 8.

68 Ebd., S. 11.

69 *Mallet*, La nouvelle classe ouvrière.

70 Les Cahiers du Centre d'études socialistes 34/35, 15.11.–1.12.1963.

71 Presseorgan der SFIO, *Michel Garnier-Thenon*, Les programmes des partis socialistes occidentaux, in: La Revue socialiste 131, März 1960, S. 316.

demokratie zur Kenntnis nahm, jedoch ihre ideologische Sprache und Fundamente seit Anfang des 20. Jahrhunderts dieselben geblieben waren, und dass sie ihre marxistische Doktrin nicht neu justiert hatte.⁷²

Trotz einiger Arbeiten von Politikern wie Jules Moch⁷³, die einen produktiven Kapitalismus mit sozialistischen Methoden sowie eine »freie Planung« und die parallele Existenz von nationalisierten, kooperativen und freien Gesellschaftsbereichen forderten, interessierte eine Neuausrichtung der Doktrin nur wenige Parteimitglieder der SFIO.⁷⁴ Der ehemalige Résistance-Kämpfer Moch war mehrmals Minister in der IV. Republik. Er versuchte sich an einer Auseinandersetzung mit Marx und der Situation in den Industrieländern der Nachkriegszeit. Moch grenzte sich entschieden vom »kommunistischen Marxismus« à la UdSSR ab und wird deshalb auch in einem Zug mit Hendrik de Man genannt, da er ebenso wie dieser die orthodoxe – in diesem Sinne leninistisch-stalinistische – Interpretation von Marx als unzeitgemäß ablehnte. In seinem Buch »Confrontations«⁷⁵ sowie in Artikeln in »La Revue Socialiste« veröffentlichte Moch seine Neubewertung der Marx'schen Thesen und griff auf den Ökonomen Jean Fourastié zurück, der über die sozialen Veränderungen und die industrielle Expansion schrieb⁷⁶, und konstatierte das Entstehen einer neuen Klasse zwischen »Proletariat und Kapitalisten«.⁷⁷ Trotz dieser neuen Sichtweise, die später von der Neuen Linken aufgegriffen und intensiv diskutiert wurde, kam es zu keiner Neuausrichtung der SFIO bis 1958. Nichtsdestotrotz verfolgte die SFIO während der IV. Republik eine klar reformistische Politik. Ihre Realpolitik hatte deshalb eher die »Erhaltung des Wesentlichen« zum Ziel, aber gleichzeitig musste dafür gesorgt werden, dass sich daraus keine revolutionären Perspektiven ergaben.⁷⁸

Fundamentale Fragen, die sich andere sozialistische Parteien in Europa stellten, darunter die deutsche SPD sowie die englische Labour Party⁷⁹, wurden in der SFIO in den 1950er Jahren nicht angegangen. Eine Modernisierung beziehungsweise Sozialdemokratisierung und grundlegende Neudefinition der sozialistischen Partei im »bürgerlichen Staat« beziehungsweise innerhalb des kapitalistischen Systems wurden versäumt und konnten erst durch den Neufindungsprozess in den 1960er Jahren sowie mit der Neugründung der »Nouveau Parti Socialiste« 1969⁸⁰ nachgeholt werden. In der Literatur wird immer wieder die These vertreten, dass die SFIO im Gegensatz zu anderen europäischen Parteien keinen sozialdemokratischen Weg einschlug und somit in ihrem Reformprozess bis zur Neugründung der PS 1969 quasi gelähmt blieb. Grund dafür war, wie bereits an-

72 1905 gegründet, hatte die SFIO kein »französisches Bad Godesberg«, sondern war ihrer Doktrin nach immer noch eine Partei, die sich in erster Linie als marxistisch verstand.

73 Zum Beispiel: Jules Moch, *Confrontations*, Paris 1952. Vgl. unter anderem auch: François G. Dreyfus, *Réformisme et révisionnisme dans les socialismes allemand, autrichien et français*, Paris 1977, S. 174.

74 »La majorité du parti n'en contesta pas véritablement la pertinence, mais elle ne voulait pas repenser la doctrine.«, in: Bergounioux/Grunberg, *L'ambition et le remords*, S. 137.

75 Moch, *Confrontations*.

76 Vgl. unter anderem: Jean Fourastié, *Machinisme et bien-être*, Paris 1951; oder auch *ders.*, *Le Grand Espoir du XXe siècle. Progrès technique, progrès économique, progrès social*, Paris 1949.

77 Noëlline Castagnez-Ruggiu, *Histoire des idées socialistes*, Paris 1997, S. 102ff.

78 Zur Sozial- und Außenpolitik und ihrem Verhältnis zum Reformismus vgl. auch: Daniel Blumé/Roger Bourderon/Jean Burles (Hrsg.), *Histoire du réformisme en France depuis 1920*, Bd. 2, Paris 1976, S. 87ff.

79 Ebenso die belgischen und österreichischen Sozialisten. Vgl. Bergounioux/Grunberg, *L'ambition et le remords*, S. 138.

80 So hieß die sozialistische Partei von Mai 1969 bis zu ihrer Umbenennung im Juli 1969 in »Parti socialiste« (PS).

gedeutet, die Geschichte der SFIO und ihr Verhältnis zur PCF, das es den französischen Sozialisten unmöglich machte, der PCF das Feld des Marxismus sowie die zugehörigen Wähler- und Mitgliederschichten zu überlassen.⁸¹

Die Studiengruppe der SFIO »Groupe d'études doctrinales« regte von 1958 bis 1962 einige der wenigen ideologischen Debatten innerhalb der SFIO an. Die Gruppe publizierte dann regelmäßig ihre Beiträge in »La Revue socialiste«. Die Autoren waren unter anderem Jules Moch, Roger Quilliot, Pierre Bonnel und Jacques Germain. Sie setzten auf Planwirtschaft und Verstaatlichung, im Sinne einer sozialistischen Verwaltung. Dabei ging es ihnen vor allem um die planerische Gestaltung von kollektiven Produktionsmitteln. Zwar sind diese Ideen nicht neu gewesen, jedoch waren sie das erste Mal wirkliche Bekenntnisse zu einem konkreten Reformismus. Guy Mollet jedoch sah keinen Anlass, die offizielle Parteidoktrin neu zu diskutieren; er beharrte weiterhin auf den marxistischen Begriffen des Ziels eines Sozialismus und dem vollständigen Bruch mit dem »kapitalistischen System«. Folglich füllten die neu gegründete Partei der Neuen Linken, die PSU, sowie die der SFIO nahestehenden sozialistischen Clubs diese »theoretische Lücke«.⁸²

Ebenso kritisch gingen die ehemaligen Kommunisten mit der PCF unter Maurice Thorez ins Gericht, die als eine der stalinistischsten kommunistischen Parteien in Westeuropa galt und eng mit Moskau kooperierte. Nach Stalins Tod und dem XX. Parteitag sowie der Niederschlagung der emanzipatorischen Bewegungen und Regierungen in Ungarn und Polen 1956 wurde die Partei ebenso wie die sowjetische Politik in ganz Europa von Kritikern für eine »Pervertierung«, Bürokratisierung und Enthumanisierung der sozialistischen Idee verantwortlich gemacht. Hinzu kamen Vorwürfe, die PCF hätte sich nicht aktiv gegen den Krieg in Algerien engagiert und verfolge keine konsequente antikolonialistische Politik. Christoph Kalter geht davon aus, dass die PCF nach dem Krieg Regierungsfähigkeit beweisen wollte und die Kolonialfrage strategischen Machtinteressen unterordnete.⁸³ Zudem hätte auch die Führung der Komintern in Moskau schon seit den 1930er Jahren eine sehr zurückhaltende Anti-Kolonialpolitik geführt. So sei, nach Kalter, die Unterstützung von antikolonialistischen Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich strategischen Interessen untergeordnet worden. Vor dem Krieg hingegen sei die Kolonialpolitik insgesamt durch die »Säuberungen« und Schauprozesse ins Hintertreffen geraten. Zudem verweist Kalter mit Recht darauf, dass die PCF aus der Tradition der SFIO hervorging, deshalb hinsichtlich der Politik in Nordafrika »unentschlossen« gewesen sei und teilweise wegen politischer Positionen sogar von der Komintern gerügt wurde.⁸⁴

Die dritte Partei, die noch dem Mitte-Links-Spektrum der französischen Parteienlandschaft nach der Gründung der V. Republik zugerechnet werden konnte, war die »Parti radical«, auch wenn diese streng genommen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu den linken Parteien gezählt wird. Sie vertrat aus der Revolution von 1789 abgeleitete bürgerlich-republikanische Werte, jedoch wurde kein Übergang zum Sozialismus proklamiert. Aus dieser Partei traten wie bereits erwähnt Pierre Mendès France und seine Anhänger, die »Mendesisten«, der PSU bei, vorrangig aufgrund der verfolgten Kolonialpolitik der Partei, da diese ebenfalls, wie die SFIO, den Algerienkrieg unterstützte.

81 Vgl. unter anderem: *Bergounioux/Grunberg*, *L'ambition et le remords*, S. 191.

82 *Castagnez-Ruggiu*, *Histoire des idées socialistes*, S. 104; *Bergounioux/Grunberg*, *L'ambition et le remords*, S. 191.

83 *Kalter*, *Die Entdeckung der Dritten Welt*, S. 105. Als Beispiele nennt Kalter das Massaker in Algerien 1945, die Kriegskredite gegen den Vietminh 1947 und die Niederschlagung des madagassischen Aufstands 1947.

84 Ebd., S. 106.

III. NEUKONZEPTION VON SOZIALISTISCHER POLITIK: REFORM ODER REVOLUTION – ODER BEIDES?

Bis 1963 konzentrierte sich die inhaltliche Arbeit der PSU, wie bereits dargelegt, auf den Algerienkrieg und die Organisation von Protestveranstaltungen. Trotz der Bemühungen, durch die Anti-Kriegs-Aktionen zu einer Art Plattform und Vermittler zu werden, scheiterte die Partei als Bindeglied der zersplitterten Linken. Auch wenn die PSU bei der Organisation der Veranstaltungen eine erhebliche Rolle spielte und die Partei sogar als Initiator für viele Aktionen galt, waren ihr dennoch die großen Parteien und Gewerkschaften in der Mobilisierung der Massen haushoch überlegen. Aufgrund ihrer Marginalität angesichts der geringen Wähler- und Mitgliederzahlen war die Absicht, zwischen den großen Organisationen zu vermitteln und die Linke wieder »zusammenzubringen«, ein ambitioniertes Vorhaben, dessen Strategie am Ende nicht aufging. Das traditionelle linke Parteienspektrum begann sich ab 1965 selbst zu konsolidieren und machte die Versuche der PSU zur Neustrukturierung schrittweise überflüssig: Das Bündnis von Mitterrand konnte sowohl bei den Präsidentschafts- als auch bei den Parlamentswahlen 1965 und 1967 erstaunliche Erfolge einholen. Spätestens mit der Erstellung des gemeinsamen Programms zwischen PS und PCF 1972 war die PSU politisch endgültig isoliert.

Der Historiker und ehemalige PSU-Funktionär Jean-François Kesler stellt sogar die theoretischen Debatten als die vordergründigen Errungenschaften der Partei dar, da sie als Bindeglied der sozialistischen Kräfte schlicht gescheitert sei. Auch wenn die PSU es nicht geschafft habe, eine neue sozialistische Bewegung aufzubauen, konnte sie doch wenigstens die linke Theorie erneuern, so Kesler.⁸⁵

Die sozialistischen und kommunistischen Dissidenten, die 1960 die PSU gründeten, zogen die Konsequenzen aus ihrem fundamentalen Unbehagen über die Politik der großen linken und linksliberalen Parteien der IV. Republik. Dies bedeutete aber nicht, dass sie sich vom Sozialismus und seinen »Gründervätern« abwandten: Im Gegenteil verstanden sich viele Ex-SFIOLER und ehemalige PCF-Anhänger als die »wahren« Verteidiger des Erbes von Jean Jaurès. Im Manifest der Partei PSA von 1959 hieß es im ersten Abschnitt:

»Fidèle à la doctrine et à la pensée de Jean Jaurès, de Jules Guesde et de Léon Blum, le Parti Socialiste Autonome entend adapter son action aux réalités du monde moderne.«⁸⁶

Andererseits stellte sich grundsätzlich die Frage, inwiefern die Beteiligung einer sozialistischen Partei an der Macht einer westlichen Demokratie mit kapitalistischer Produktionsweise überhaupt Ziel einer sozialistischen Partei sein könne und solle. Indem sich die dissidenten Ex-SFIOLER auf das Erbe ihrer Partei beriefen, traten gleichzeitig Widersprüche auf, die seit der Gründung der SFIO 1905 nie wirklich gelöst wurden. Das Verhältnis von parlamentarischem Engagement – also Reformismus beziehungsweise Revisionismus – und revolutionärem Anspruch einer Arbeiterpartei wurde in der Theorie betreffs der Doktrin der SFIO nie zufriedenstellend geklärt. Sicher war nur, dass die Oktoberrevolution und die Herrschaft der Bolschewiki als legitime sozialistische Revolution von den Sozialisten abgelehnt wurden. Eine Aufgabe revolutionärer Werte war daraus jedoch auch nach der Spaltung der Partei 1920 in Tours nicht gefolgt. Die Kluft zwischen marxistisch-revolutionärem Vokabular und sozialistischem Humanismus mit reformistischen

85 Jean-François Kesler, *De la gauche dissidente au nouveau Parti socialiste. Les minorités qui ont rénové le P.S.*, Toulouse 1990, S. 379.

86 Documents et textes du Parti Socialiste Autonome, *texte du manifeste adopté par le premier congrès du PSA à Montrouge, 1.–3. Mai 1959. Supplément à Tribune du Socialisme 25, 1959.* »Getreu dem Denken von Jean Jaurès, Jules Guesde und Léon Blum strebt die Parti Socialiste Autonome danach, ihr Handeln an die Realitäten der modernen Welt anzupassen.«

Ansätzen führte die SFIO zu einer Art »doppelter Identität«. Jacques Moreau, Vertrauter Rocards und Publizist, schreibt, dass die Partei die Erwartung großer Ereignisse schürte und diese technisch und politisch vorbereiten sollte – allerdings mit dem Kampf um Reformen. Diese Geschichtsinterpretation hätte es erlaubt, die revolutionäre Option mit der reformistischen Aktion im Rahmen der republikanischen Institutionen zu vereinbaren.⁸⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sich diese Positionen eines »revisionistischen« humanistischen Sozialismus und die marxistisch-orthodoxe Linie abermals konträr gegenüber.⁸⁸ Paradoxerweise setzte sich die marxistisch-orthodoxe Linie innerhalb der SFIO unter Guy Mollet durch, doch wurde diese in der konkreten Politik nicht umgesetzt. Die Erneuerer hingegen unter Daniel Mayer (einige blieben auch in der SFIO) versuchten in der PSU einen Neuanfang, indem sie sich für die Umsetzung einer Demokratisierung der Gesellschaft – der Wirtschaft und des Parteiensystems – einsetzten. Die ehemaligen SFIO-Anhänger standen in der PSU stets für eine klare antikolonialistische Politik, für eine Selbstverwaltung in den Betrieben (*autogestion*) und in der Politik. Ein zentraler Punkt war zudem die Dezentralisierung der französischen Gesellschaft und die Betonung der Stellung der Regionen. Zudem wurden klassische Begriffe der traditionellen Linken infrage gestellt wie der Begriff »Klasse«, auch wenn dieser weiterhin Verwendung fand.

Der Reflex der Partei gegen den traditionell französischen Zentralismus drückte sich in ihrer praktischen Arbeit im Engagement auf regionaler Ebene aus. So verwundert es angesichts des Schwerpunkts der Parteilarbeit auf regionale Unabhängigkeit kaum, dass dabei der Kampf um landesweite politische Erfolge bei Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen eher zu kurz kam.⁸⁹

Die Verbindung von Dezentralisierung und Demokratisierung arbeitete Michel Rocard in seiner bekannt gewordenen Rede »Décoloniser la province« heraus, die er im Dezember 1966 auf dem sozialistischen Kolloquium in Saint-Brieuc hielt.⁹⁰ Mit der Forderung nach der Stärkung der Regionen und Vorschlägen für eine dezentralere Verteilung der Wirtschaftsleistung sowie der Förderung von wissenschaftlichem Potenzial ging Rocard auch auf die Notwendigkeit ein, die Beteiligung an Entscheidungen in die Provinz zu verlagern, um Verwaltungsräten vor Ort eine Möglichkeit der Partizipation und der Gegengewalt zur zentralen Verwaltungssteuerung in Paris einzuräumen.⁹¹ Die Analyse von Rocard sowie seine Vorschläge waren sehr detailliert und bewegten sich im Rahmen der Möglichkeiten des bestehenden politischen Systems, ohne die grundlegenden Strukturen der sonst von der PSU kritisierten kapitalistischen beziehungsweise gaullistischen Gesellschaft grundsätzlich anzugreifen. Somit kann Rocard als Vertreter der »Modernisten« der PSU gesehen werden, deren reformistische Politik bei vielen ehemaligen Kommunisten, Trotzkisten oder traditionelleren Sozialisten innerhalb der PSU auf Kritik stieß. Trotz der größtenteils rein reformistischen Ausrichtung der Rede verwendete auch Rocard noch den Begriff »Klassenkampf«. Für ihn war die Dezentralisierung ein Beitrag zur Reduzierung der Klassengegensätze:

»D'une manière plus précise, le combat pour le développement et l'aménagement des régions est un élément aujourd'hui essentiel des luttes de classes.«⁹²

87 Jacques Moreau, *L'espérance réformiste. Histoire des courants et des idées réformistes dans le socialisme français*, Paris 2007, S. 45.

88 Verwiesen sei dabei nur knapp auf die Auseinandersetzung zwischen Jules Guesde und Jean Jaurès vor dem Ersten Weltkrieg.

89 Vgl. Tudi Kernalegenn/François Prigent/Gilles Richard u. a. (Hrsg.), *Le PSU vu d'en bas. Réseaux sociaux, mouvement politique, laboratoire d'idées (années 1950 – années 1980)*, Paris 2010.

90 Michel Rocard, *Décoloniser la province*, 1966, in: *Revue Socialiste*, Nr. 37, Februar 2010, S. 75.

91 Ebd., S. 79.

92 Ebd., S. 79.

Rocard begründete die Notwendigkeit der Dezentralisierung mit den Vorteilen der »Bourgeoisie« beziehungsweise Vermögenden im »zentralistischen System« gegenüber den »Verlierern« in den verarmenden Regionen Frankreichs. Ausgehend von den ökonomischen Rahmenbedingungen wies Rocard so auf die sozialen Folgen der zentralistischen Politik hin und warb für eine bessere Machtverteilung, mehr Autonomie sowie Partizipationsmöglichkeiten der einzelnen Sektoren (Betriebsebene, kommunale Ebene und andere) – ein ideologischer Einstieg in die Programmatik der Selbstverwaltungstheorie, die für die PSU und Rocard vor allem nach 1968 zentral wurde.

Rocard galt als Vorzeige-Beispiel des modernistischen Diskurses eines ehemaligen SFIO-Anhängers und war einer der führenden Organisatoren des Kolloquiums von Grenoble (1966) sowie einer der wichtigsten Vertreter der »Strömung B«⁹³, der »Modernisten«, die sich für eine programmatische und strategische Neuorientierung der Linken einsetzten, einen Zusammenschluss mit den traditionellen Parteien jedoch vorerst ablehnten. In Rocards Antrag zu »La gauche et la monnaie« auf dem Kolloquium in Grenoble wurden die Vorstellungen der »Modernisierer« zur wirtschaftlichen Organisation aufgeführt. So forderten Rocards Mitstreiter die Reform und Ausweitung des öffentlichen Sektors (ohne von Enteignung zu sprechen), einen demokratisch beschlossenen Plan, Investitionen als »Mittel zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft« – ohne diese näher zu präzisieren – sowie mehr demokratische Mitbestimmung in den Betrieben. Es sollten den privaten Betrieben Vorschriften zur Beteiligung ihrer Angestellten gemacht und übermäßige Profite abgeschöpft werden. Zudem wurde über eine »selektive Kreditpolitik« sowie eine andere Subventionspolitik nachgedacht. Um den Sozialismus voranzutreiben, wollte man »den Einfluss des Kapitalismus« zurückdrängen.⁹⁴

Damit wird das Anliegen der reformorientierten »Modernisierer« der Neuen Linken noch deutlicher und somit auch die Differenz zu marxistisch orientierten PSU-Vertretern wie Gilles Martinet und Jean Poperen: Rocard forderte in seinem Bericht eine »gemischte Ökonomie« und eine »nachhaltige Koexistenz« zwischen dem »sozialistischen und dem kapitalistischen Sektor«. Verstaatlichungen seien hingegen kein Allheilmittel, sondern nur begrenzt anwendbar.

Rocard sprach sich in Grenoble für Kontrolle statt Enteignung aus. Das betraf auch die Frage der Abschöpfung der Gewinne und die Einkommensverteilung. Hierbei wird deutlich, dass sich innerhalb der PSU und nach der Neugründung der PS in den 1970er Jahren grundsätzlich marxistisch geprägte und modernistisch-keynesianistische Kräfte gegenüberstanden. Paradox ist jedoch, dass ab 1967 die Strömung der Modernisten – also jene »rechts von Martinet« stehenden »gemäßigten Reformsozialisten« zusammen mit dem revolutionären Flügel, den »Gauchisten«, die Mehrheit in der Partei stellten – und das unter der Führung von Michel Rocard, der auf dem fünften Kongress der PSU im Juni 1967 den Vorsitz der Partei übernahm und Édouard Depreux ablöste. Rocard hingegen ging mit seinen reformorientierten Ansichten auf die politischen Clubs und die Gewerkschaften zu und entfernte sich gleichzeitig programmatisch von Intellektuellenkreisen wie »Socialisme ou Barbarie«⁹⁵ oder marxistischen Zusammenschlüssen wie »Tribune de

93 Die unterschiedlichen Strömungen (A bis D) formierten sich auf dem PSU-Parteitag in Alfortville 1963. Sie gruppierten jeweils die Anhänger um die Anträge zur politischen Ausrichtung der Partei. Dabei reichte die Spannbreite der Anträge von einer gemäßigten sozialdemokratischen Politik und der Annäherung zur SFIO bis hin zur Formierung einer aktionsorientierten revolutionären Partei.

94 La gauche et la monnaie, rencontre socialiste de Grenoble, Bericht von Georges Servet, Fond Gilles Martinet, MR6, Dossier 3, S. 6, Centre d'histoire Science Po, Archiv Chevs. Georges Servet war zu PSU-Zeiten das Pseudonym von Michel Rocard.

95 Diese lösten sich 1967 selbst auf, ihre Zeitschriften und Ansichten galten trotzdem, vor allem bei vielen Studenten um 1968, als Referenz.

Socialisme« oder der eher anarchistischen Zeitschrift »Autogestion«. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sich die Spaltung der PSU in reformorientierte, marxistische und marxistisch-revolutionäre Erneuerer Mitte bis Ende der 1960er Jahre zuspitzte und die Partei lähmte. Aufgrund der endlosen Diskussionen zwischen den verschiedenen strategischen wie inhaltlichen Ansätzen der unterschiedlichen Tendenzen konnte die PSU nicht mehr konstruktiv agieren. In der Folge verließ deshalb eine Reihe von Mitgliedern die Partei.

Dennoch gab es immer wieder Versuche, die intellektuellen Theoriediskussionen in die politische Praxis zu übertragen. Die PSU nahm beispielsweise die Ideen zur demokratischen Planwirtschaft in ihr Programm auf. Die Partei verfolgte mit ihrem 1963 auf ihrem dritten Parteitag verabschiedeten »Contre-Plan« (Gegenplan) konkret die Idee einer sozialistisch-demokratischen Planwirtschaft, die sich sowohl von der realsozialistischen Planwirtschaft des Sowjetblocks als auch von der marktwirtschaftlichen Planwirtschaft unterscheiden sollte. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen, die im Wahlprogramm 1967 übernommen wurden, fanden sich auch nach der Gründung der neuen »Parti socialiste« im Programm von 1972 wieder. Jean-François Kesler schreibt dazu, dass besonders der »Contre-Plan« und die Versuche, eine demokratische Planung zu etablieren, die Charakteristika der »ersten PSU« vor ihrem ideologischen Wandel von 1968 zu einer eher revolutionär orientierten Partei waren.⁹⁶ Für diese »zweite PSU« der 1970er Jahre sei dann die Selbstverwaltung charakteristisch gewesen. Dennoch ist anzumerken, dass auch die revolutionären, rätekommunistischen und radikaldemokratischen Strömungen schon in den 1960er Jahren in der Partei vertreten waren und auch – wenn auch weniger als in den 1970er Jahren – die ersten Ansätze zur Selbstverwaltung eine große Rolle spielten. Inwiefern schon Selbstverwaltungsansätze in den Diskussionen und Publikationen der 1960er Jahre und der nach Kesler »ersten PSU« eine Rolle spielten, kann anhand von verschiedenen Akteuren aus der Gewerkschaftsszene (CFDT) nachvollzogen werden, in der 1966 immerhin an die 20 % der PSU-Mitglieder organisiert waren, sowie anhand einzelner Persönlichkeiten wie André Philip, Pierre Naville und anhand des Interesses von PSU-Mitgliedern an der politischen Entwicklung in Jugoslawien. Die PSU der 1960er Jahre nur auf einen engagierten Reformismus zu reduzieren, wäre also viel zu kurz gegriffen.

So waren die Schritte zur Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren an der staatlichen Planung und die Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft eine klare Vorstufe zu einem ausgeprägten Selbstverwaltungsdiskurs nach 1968 und ebneten diesem den Weg. Gerade die Konzepte der direkten Beteiligung und der *autogestion* wiederum beeinflussten die junge Generation, die dann die Achtundsechzigerbewegung stellte. So kamen Daniel Cohn-Bendit, Alain Geismar und Jacques Sauvageot als »Köpfe« der Bewegung von 1968 aus eben dem Umkreis der Neuen Linken, teilweise als Mitglieder der PSU, vor allem aber aus dem Kontext der Studentengewerkschaften, die bei Aktionen und Veranstaltungen interagierten.

Somit handelte es sich nicht zwingend um einen Gegensatz zwischen der gemäßigten und der revolutionären PSU, sondern um verschiedene Etappen einer Diskussion und die Weiterentwicklung von Ideenansätzen. Unbestritten ist jedoch eine Radikalisierung der PSU nach 1968. Dies hing aber auch damit zusammen, dass viele ältere Genossen des reformorientierten, des neomarxistischen sowie auch »unitaristischen« Flügels aus Resignation die Partei verließen und einen Neuanfang in der frisch gegründeten »Parti socialiste« von Mitterrand suchten – damit waren die radikaleren Mitglieder bald in der Überzahl. Zwischen 1969 und 1974 traten hunderte PSU-Mitglieder in die PS über – auch jene wie Michel Rocard, die sich noch in den 1960er Jahren gegen eine enge Zusammenarbeit mit François Mitterrand und dem »alten Haus« der Sozialisten ausgesprochen hatten. So er-

⁹⁶ Kesler, *De la Gauche dissidente au nouveau parti socialiste*, S. 383.

klärte Rocard in einem biografischen Interview 2005, dass er seit 1968 versucht habe, aus der PSU eine schlagkräftige politische Kraft zu machen, dieses Vorhaben jedoch an der »Gauchisierung« der Partei durch den Mai 1968 gescheitert sei:

»Je n'ai pas eu le temps d'en avoir marre. C'était une affaire de survie. 1968–1974: six années infernales – pis encore, c'était une guerre infernale. J'étais toujours en défense. Le parti votait n'importe quoi. Ainsi, un beau jour, dans un conseil national, il a confirmé que nous étions un »parti révolutionnaire«. Qu'est-ce que j'avais à faire de ça!⁹⁷

Angesichts der heterogenen Zusammensetzung und unterschiedlichen Tendenzen, die sich mehr oder weniger in der Partei durchsetzen konnten, veränderte sich der politische Charakter der PSU. Die erste Periode der PSU von 1960 bis 1968 ist dabei nur ein Teil der 30-jährigen Parteigeschichte. Diese erste hier nachgezeichnete Periode war gekennzeichnet durch die theoretische Auseinandersetzung um Transformationsmodelle zu einer sozialistischen Gesellschaft, einer demokratischen Planwirtschaft, der Frage der Dezentralisierung und Enthierarchisierung der französischen Gesellschaft sowie eines radikalen Antikolonialismus und Antigaullismus. Ein Teil dieser Fragen rückte durch die Ereignisse um den Mai 1968 in den Hintergrund. Während der Studentenproteste war die PSU als einzige Partei kontinuierlich bei Streiks und Besetzungen präsent, wodurch sie sich nachhaltig radikalisierte. Da die Parteienstrukturen von der Studentenbewegung als veraltet abgelehnt wurden, nutzte die PSU ihre Rolle als »bewegungsnahe« Partei aus und arbeitete intensiv mit der außerparlamentarischen Bewegung zusammen. Der grundsätzliche Skeptizismus gegenüber dem repräsentativen Demokratiesystem verhalf ihr zu einer Ausnahmerolle während der 1968er Revolte.⁹⁸ Dominant waren deshalb Anfang der 1970er Jahre vor allem die trotzkistischen und maoistischen Tendenzen, die durch die Ereignisse um 1968 nachhaltig gestärkt wurden.⁹⁹ Während der 1970er Jahre rückte – durch die Besetzungen und die ideologischen Debatten der Maibewegung inspiriert – das Thema der »Selbstverwaltung« (*autogestion*) in den thematischen Mittelpunkt. Gleichzeitig traten verschiedene Kreise aus der Partei aus (Rocard-Anhänger, Maoisten-Strömung) und die Partei gab sich statt eines transformatorischen einen revolutionären Anspruch, isolierte sich aber zunehmend angesichts des gemeinsamen Programms von KPF und PS 1972. Ein Teil der Ideen der PSU wurde durch den Übertritt von mehreren führenden PSU-Vertretern wie Alain Savary, Gilles Martinet, Jean Poperen und Michel Rocard in die PS getragen, auch wenn sich die ehemaligen PSU-Mitglieder nicht immer im selben Lager der PS wiederfanden, sondern teilweise sogar innerhalb der PS politische Konkurrenten wurden. Neben der erwähnten Übernahme vieler Forderungen aus dem PSU-Programm von 1967 hatte auch das Programm der PSU nach 1968 mit der Etablierung des Selbstverwaltungsthemas und der Frage der Dezentralisierung einen enormen Einfluss auf das Programm der neuen Sozialistischen Partei, insbesondere durch den Übertritt von Michel Rocard. Ab den 1980er Jahren, nach dem Regierungsantritt der Sozialisten 1981, konzentrierte sich die PSU auf Themen der aus 1968 hervorgegangenen sozialen Bewegungen, wie Feminismus, Selbstverwaltung, Regionalisierung und Ökologie, sowie auf

97 Michel Rocard, *Si la gauche savait. Entretiens avec Georges-Marc Benamou*, Paris 2005, S. 193. »Ich hatte keine Zeit, davon genug zu haben. Das war eine Frage des Überlebens. 1968–1974: sechs Höllen-Jahre – und ein Mordskrieg. Ich war immer in der Verteidigungsstellung. Die Partei verabschiedete alles Mögliche absurde. Eines schönen Tages dann wurde im Nationalrat beschlossen, dass wir jetzt eine revolutionäre Partei sind. Was um Himmels Willen hatte ich denn damit zu tun?«

98 Bergounioux/Grunberg, *L'ambition et le remords*, S. 188.

99 Vgl. Kernalegenn/Prigent/Richard, *Le PSU vu d'en bas*, S. 18.

die Forderung nach einem Atomausstieg.¹⁰⁰ Diese Themen wurden in den 1980er Jahren durch die Gründung der Grünen Partei und Bewegung (»Les Verts«) aufgegriffen.

IV. FAZIT

Die PSU war der Versuch, den Geist der neuen oppositionellen Linken in die Form einer Partei »neuen Typs« zu bringen; daher war sie bemüht, sich von den traditionellen Parteien zu emanzipieren und die fundamentale Krise der Neuen Linken in den 1960er Jahren für eine Neukonzeption sozialistischen Denkens, aber auch für die Verortung sozialistischer Politik im politischen System Frankreichs neu zu nutzen. Von einem »Dritten Weg« kann insofern gesprochen werden, als dass ihre Vertreter sowohl den Sozialismus der Sowjetunion als auch das westliche kapitalistische Modell ablehnten. Sie traten alle – wenn auch mit enormen Unterschieden in der konkreten Konzeption – für eine erweiterte Demokratie mit den vollen bürgerlichen Freiheitsrechten und eine sozialistische Verwaltung ein, die jedoch unbürokratisch und dezentralisiert gestaltet werden sollte. Sie lehnten jedes autoritäre Herrschaftsverständnis ab – sei es in Form der zentralen Leitung eines Betriebs oder des Präsidialsystems der V. Republik, das de Gaulle 1958 einführt. Besonders hervorzuheben ist jedoch, dass die PSU keine politisch einheitliche Partei war. In den Diskussionen der verschiedenen Flügel der Partei spiegeln sich historisch gesehen wichtige ideengeschichtliche Grundkonflikte linker Parteien wider, die sozialdemokratische und sozialistische Parteien bis ins 21. Jahrhundert hinein begleiten. Dabei geht es nicht allein um den Gegensatz zwischen der PSU als Vertreter der sogenannten Neuen Linken und den traditionellen Parteien der beginnenden V. Republik, sondern auch um die grundsätzliche Frage, inwieweit linke (marxistische) Kernbegriffe und ökonomische Anschauungen angesichts der Entwicklungen der Nachkriegszeit aufgeweicht oder modifiziert wurden. Diese Konflikte zwischen der neuen reformorientierten Linken und den Vertretern der PSU, die trotz ihrer Kritik an den traditionellen großen Parteien an marxistischen Konzepten festhielten (unter anderem an Verstaatlichung und Klassenbegriff), setzten sich auch nach dem Übertritt der PSU-Mitglieder in die neu gegründete »Parti socialiste« fort und wurden vor allem unter den Namen »erste« und »zweite Linke« bekannt. Diese Flügelkämpfe wurden dann unter geänderten Vorzeichen weitergeführt, wobei sich ehemalige Mitglieder der PSU plötzlich ebenso kritisch gegenüberstanden und gleichzeitig politische Bündnisse mit der »traditionellen« Linken eingingen (François Mitterrand, Guy Mollet), die sie als PSU-Mitglieder immer abgelehnt hatten.¹⁰¹ Die Charakterisierung der »zweiten Linken«, die Rocard 1977 auf dem Kongress in Nantes vornahm, ist insofern sicherlich ein Erbe der PSU und beschreibt wichtige Prinzipien dieser außergewöhnlichen Partei sehr genau.¹⁰² Dennoch war Rocards Ansatz auch in der PSU selbst nicht unumstritten: Denn einerseits war sich die PSU der 1960er Jahre einig, den Sozialismusbegriff neu belegen und das linke Feld neu organisieren zu wollen, andererseits gingen die Anschauungen darüber, wie viel Reformismus und sozialdemokratisches Denken erlaubt sei und inwiefern die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus ausgehebelt werden und die Privatwirtschaft eingeschränkt werden sollte, weit auseinander. Auch das mag letztlich ihren Misserfolg erklären.

¹⁰⁰ Ebd., S. 19.

¹⁰¹ Zu den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der PS nach ihrer Gründung 1969 vgl. *Bergounioux/Grunberg, L'ambition et le remords*, S. 305.

¹⁰² Vgl. das Anfangszitat dieses Beitrags.